



**Jeunesse et Radicalisation(s) :
Comment penser la prévention ?**

Perspective franco-allemande

**Jugend und Radikalisierung(en): Wie
kann Prävention gelingen?**

Deutsch-französische Perspektive

23.06.2016

**Bruno MICHON, Forschungs- und Entwicklungsbeauftragter
Doktor der Soziologie der Universität de Strasbourg und der Technischen
Universität Berlin**

In seinem einleitenden Vortrag geht Bruno Michon, Forschungs- und Entwicklungsbeauftragter der ESTES sowie Doktor der Soziologie der Universität de Strasbourg und der Technischen Universität Berlin, auf die in Deutschland und Frankreich unterschiedlichen Arten des Denkens und Handelns in Bezug auf Radikalisierung ein. Ob als Forschungsobjekt, Gegenstand der politischen Debatte oder Thema der Berichterstattung in den Medien, unterliegt die Konstruktion der Radikalisierung den Ländern entsprechend unterschiedlichen Regeln. Deswegen stellt man fest, dass es in Frankreich und Deutschland sehr große Unterschiede beim Umgang mit diesem Thema gibt. Der Platz, den das Religiöse im sozialen sowie politischen Leben Deutschlands einnimmt, scheint Punkt für Punkt im Gegensatz zu dem des Religiösen in Frankreich zu stehen. Einerseits sichern das Prinzip der staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften und die Möglichkeit Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben, den religiösen Institutionen einen zentralen Platz im sozialen Leben. Ziel ist es dabei, ein Gegengewicht zur Macht des Staates zu bilden. Im Gegensatz dazu wird das Verhältnis zwischen den Religionen und dem Staat in Frankreich durch das Prinzip des Laizismus bestimmt, der die Neutralität des Letzteren und die Unabhängigkeit voneinander gewährleistet. Vor diesem Hintergrund denkt man ganz anders über die Radikalisierung nach. Erstens stellt man fest, dass dieses Konzept in Deutschland zunächst im Zusammenhang mit der Radikalisierung der extremen Rechten erwähnt wird und erst danach hinsichtlich der Radikalisierung in Verbindung mit dem Islam. Zweitens bleibt die religiöse Dimension der Politik der „Deradikalisierung“ von Jugendlichen, die den Dschihad anstreben, in Frankreich ein Tabu, während sie in Deutschland eher eine Norm darstellt. Diese Erkenntnisse sollten uns dazu bringen, unsere Arbeit zu Fragen der Radikalisierung gemeinsam zwischen Deutschland und Frankreich zu verstärken.

Jean-Claude Herrgott, Chargé de mission radicalisation et relation avec l'islam, Cabinet du Préfet du département du Bas-Rhin

Um sich mit dem Thema der Radikalisierung auseinanderzusetzen, muss man sich zunächst auf die Begriffe, die man dabei verwendet, einigen. Daher hat der französische Staat für „Radikalisierung » die Definition von Farhad Khoroskhover angenommen: „Der Prozess, durch den eine Person oder eine Gruppe im direkten Zusammenhang mit einer extremistischen Ideologie politischen, sozialem oder religiösem Inhalts gewalttätig aktiv wird.“ Das Phänomen der religiösen Radikalisierung ist im Département des Bas-Rhin seit den 80er Jahren präsent. Es ist ein Phänomen, das sich nur schwer identifizieren lässt, da eine Vielzahl von Proselyten dessen horizontale Propagierung fördern. In der Tat gibt es nur sehr wenige echte Werber.

Seit April 2014 fällt die Bekämpfung der Radikalisierung in den Aufgabenbereich des Präfekten des Départements, der für die Verwaltungspolizei verantwortlich ist. Auf nationaler Ebene wurde eine Telefon-Hotline für die Meldung von Radikalisierungsfällen eingerichtet. Mittels dieser gebührenfreien Telefonnummer können Angehörigen und Freunden aus dem Umfeld einer Person einen Fall von Radikalisierung melden, wenn sie nicht wissen an wen sie sich sonst wenden sollen. Im Anschluss an ein telefonisches Gespräch werden die Meldungen gegebenenfalls an die zuständigen Stellen auf Départementebene weitergeleitet. Auf lokaler Ebene sind die Aktionen der Radikalisierungsbekämpfung auf zwei Ebenen organisiert, die Erkennung einerseits und die Begleitung andererseits. Sobald ein Fall von Radikalisierung gemeldet wird, wird die Information an alle Mitglieder der Abteilung, die mit der Bekämpfung der Radikalisierung betraut ist, weitergeleitet. In diesem Team sind alle Akteure, die an dieser Aktion teilnehmen vertreten: die Staatsanwaltschaft, der Polizeidienst, die „Sous-direction de l'anti-terrorisme“ (SDAT, ist eine Abteilung der französischen Kriminalpolizei, die dem Kampf gegen den Terrorismus gewidmet ist.), Sozialarbeiter (Maison des Adolescents- Haus der Jugendlichen, SOS Habitants, etc.) und, im Fall des Départements des Bas-Rhin, das nationale Bildungswesen. Dieses Team trifft sich jede Woche, um die Weiterverfolgung der gemeldeten Profile zu organisieren.

Ab Juli 2016 wird die zweite Maßnahme des Aktionsplans zur Bekämpfung der Radikalisierung umgesetzt werden. Die Mitarbeiter der mit der Bekämpfung der Radikalisierung betrauten Abteilung sowie die Gebietskörperschaften und die Gemeinden haben einen Vertrag zur Verhütung von Jugendkriminalität unterschrieben und werden somit in einem vertraglichen Rahmen agieren, der es ermöglichen wird die Rolle jedes Einzelnen klarer zu definieren und den Austausch von Informationen zu erleichtern. Im Sinne dieses partnerschaftlichen Ausschusses, wird außerdem die Integration anderer dezentraler Dienststellen des Staates wie z.B. die „Direction du travail et de l'entreprise“ (DTE, Abteilung für Arbeit und

Unternehmen) » oder die CAF (Familienkasse) ermöglicht. Schließlich wird diese zweite Maßnahme es ermöglichen die Präventionsarbeit auch auf Departementsebene umzusetzen. Dadurch können die verschiedenen Präventionsmaßnahmen koordiniert werden.

Fragen:

Die von den Teilnehmern gestellten Fragen lösten eine Diskussion zwischen Herrn Herrgott und Herrn Köhler aus, in der es vor allem um die in Deutschland und Frankreich unterschiedliche Auffassung des Begriffs „Deradikalisierung“ ging. Die französischen Obrigkeiten benutzen diesen Begriff nicht, sondern ziehen es vor, von einer Reintegration zu sprechen. Herr Köhler erklärte, wie dieser Begriff, der sehr viel genauer ist als das Wort Reintegration, aus deutscher Sicht verstanden wird. Tatsächlich ist für ihn die Reintegration Teil des Prozesses der Deradikalisierung, aber sie befasst sich nicht mit der Ideologie, die zur Radikalisierung geführt hat. Herr Herrgott erinnerte daran, dass es in jedem Fall sehr schwierig ist die Deradikalisierung zu bewerten, wodurch eine Evaluierung des Erfolgs der Maßnahmen verhindert wird.

Die Mitglieder des Panels schlossen die Idee aus, dass das Gefängnis der erste Ort der Radikalisierung sei. Daniel Köhler erinnert daran, dass von den 1000 Muslimen, die in Deutschland als Radikale identifiziert wurden, nur 20 bis 30% vorbestraft sind.

Des Weiteren wurde Daniel Köhler gefragt, ob die religiösen Vertreter in die Deradikalisierungsprogramme eingebunden werden. Daraufhin erklärte M. Köhler, dass solch eine Beteiligung problematisch sei. In England habe es ein Programm gegeben, bei dem quietistische Salafisten in die Deradikalisierungsarbeit mit Rückkehrern des Dschihad eingebunden wurden. Doch obwohl die Quietisten waren, lehnten diese religiösen Vertreter jede Form der Demokratie und die der unterschiedlichen Rollen des Staates ab. Daher stelle sich die Frage, inwieweit ein Programm vom Staat finanziert werden kann, an dem diese Personen beteiligt sind und allgemein die Frage der institutionelle Partner und der zivilgesellschaftliche Akteure in der Deradikalisierung.

Die Seminarteilnehmer legten auch Wert darauf, die Initiative « Éveil-Meinau » zu würdigen. Sie sei eine der wenigen Initiativen, die soziale und religiöse Aspekte Vereine und mit den Jugendlichen des Stadtviertels Meinau in Dialog trete. Dies sei, laut Jean-Claude Herrgott, der Schlüssel zum Erfolg solcher Initiativen.

Daniel KÖHLER, Wissenschaftlicher Referent, Landespolizeipräsidium Referat 32 – Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerkes gegen (islamistischen) Extremismus (KPEBW), Innenministerium Baden-Württemberg

In seinem Vortrag „Wie lässt sich Prävention und Deradikalisierung sinnvoll gestalten? Erfahrungen aus Deutschland“ beschreibt Daniel Köhler die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Dschihadismus in Deutschland. Obwohl Deutschland viele Jahre lang eher mit Rechtsextremismus zu kämpfen hatte, der auch statistisch gesehen ein größeres Problem darstellt, rückt der Dschihadismus immer mehr in den Fokus: von den ungefähr 500 islamistischen Gefährdern geht eine große Gefahr der Radikalisierung und von Anschlägen aus, seit 2011 haben zwischen 900 und 1000 „Foreign Fighters“ Deutschland verlassen, um in Syrien oder im Irak für den sogenannten Islamischen Staat oder Al-Qaida zu kämpfen und etwa 300 sind zurückgekehrt. Die Frage stellt sich nun, ob man die Erfahrungen aus dem Bereich Rechtsextremismus auch auf die islamistische Radikalisierung anwenden kann und welche Träger, staatlich oder nicht-staatlich, für diese Maßnahmen geeignet wären. Köhler unterscheidet dabei drei Maßnahmenkategorien der Terrorismusbekämpfung:

- Prävention, bei der z.B. durch Bildung und Stärkung der Zivilgesellschaft, kommunale Kriminalprävention oder gezielte Arbeit mit einzelnen Gruppen oder Personen verhindert werden soll, dass sich Menschen überhaupt (oder nach Ausstieg wieder) radikalieren
- Repression, bei der durch Verhaftungen oder Gruppenverbote z.B. ein aktives radikales Milieu eingrenzt werden soll, damit es sich nicht weiter ausweitet.
- Intervention, bei der in ein aktiv radikales Milieu eingegriffen werden soll, um Radikalisierte zum Ausstieg zu bewegen. Dabei spielen vor allem Counter Narratives, Familienberatung und individuelle Deradikalisierung eine wichtige Rolle.

Weltweit gibt es ungefähr 40 bis 50 Deradikalisierungsprogramme, die sich allerdings im Charakter (staatlich oder nicht-staatlich, aktiv oder passiv, auf Ideologie bezogen oder nicht) und Methoden sehr stark unterscheiden. Dies trifft auch auf die Deradikalisierungsprogramme (u.a. Präventionsnetzwerke, Ausstiegsprogramme für Rechtsradikale und Familienberatungsnetzwerke) in Deutschland zu. Dadurch dass es bis jetzt noch keine Evaluation, kein kohärentes System und keine Standards für diese Programme gibt, kann es zu einem erhöhten Risiko der falschen Beratung, Fehl- und Rückschlägen und dem Fernhalten von Behörden von sicherheitsrelevanten Fällen kommen. Deswegen wurden Kompetenzzentren wie z.B. das KPEBW in Baden-Württemberg als Bindeglied eingesetzt, deren Aufgabe es ist, u.a. eine Verbindung zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen herzustellen, Standards zu setzen und Präventionsangebote zu vermitteln.

Für weitere Informationen:

<http://www.kpebw.de/>



<http://www.kpebw.de/beratungsstelle/beratung-info/>

<http://girds.org/>

Twitteraccount (@GIRD_S)

Facebook (facebook.com/radicalisation)

www.journal-derad.com, bisher einzige Fachzeitschrift zum Thema Deradikalisierung

www.radicalizationresearch.org

Christophe CARBIENER, Stellvertretender Direktor, Ligue d'Alsace de Football (Lafa)

Die Lafa stützt sich auf die Feststellung, dass die Fußballvereine eine wichtige Rolle im sozialen Leben einer Stadt oder eines Stadtviertels spielen. In Anbetracht seiner 83 000 Lizenznehmer, von denen 32 000 zwischen 5 und 18 Jahre alt sind, ist seine erzieherische Rolle nicht zu unterschätzen.

Um Aktionen der Prävention der Radikalisierung umzusetzen, stützt sich die Lafa, auf das Prisma der Staatsbürgerschaft über verschiedene Projekte die sie in Vereine umsetzt. Unter diesem Gesichtspunkt wurden mehrere Weiterbildungsprojekte mit den Leitern der elsässischen Vereine durchgeführt, damit sie ihre Vereine als wahre Orte der sozialen Begegnung und der Bildung gestalten. Das nationale Bildungsprogramm wurde eingeführt, um unter anderem den Erziehern dabei zu helfen, bei den jungen Spielern neben den sportlichen Aspekt ein Gefühl der Staatsbürgerschaft zu wecken. Bei diesem Programm handelt es sich um einen Handlungsrahmen für die Erzieher, der ausführlich darlegt, welche Ansichten vertreten werden sollten und wie mit Zwischenfällen umgegangen werden sollte, die das Vereinsleben überschatten könnten (Rassismus, Zusammenleben, etc.). Außerdem geht das Programm darauf ein, welche Bürgerwerte die jungen Spieler entwickeln sollten. Gleichermäßen wurde für Spieler unter 15 Jahren das Programm „J'ai rêvé le foot“ (Mein Traum vom Fußball), mit einer Auszeichnung für die Gewinner, ins Leben gerufen. Auf Nachfrage wies Herr Carbiener darauf hin, dass der Handlungsrahmen der Lafa über die Aktionen, die im Verein selbst durchgeführt werden hinaus eher beschränkt ist weil sie außerhalb der Vereine nicht tätig ist. Trotzdem bieten viele Vereine im Elsass außersportliche Tätigkeiten wie der schulischen Unterstützung an, deren Ziel es ist, Jugendlichen in Problemsituationen zu helfen.

Für weitere Informationen:

<http://lafa.fff.fr/cg/0300/www/index.shtml>

Felix STEINBRENNER, Stabsstelle „Demokratie stärken“, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Team meX: Mit Zivilcourage gegen Extremismus

Felix Steinbrenner arbeitet für das Team meX, das Teil der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) ist. Als eine Art „staatliche Werbeagentur für Demokratie“, hat die LpB die Aufgabe die politische Bildung zu fördern und zu vertiefen. Das Team meX ist mit der allgemeinen Präventionsarbeit im Bereich des Rechtsextremismus und des Islamismus beauftragt. Hauptzielgruppe der Arbeit sind dabei Jugendliche, aber auch Pädagogen/innen aus Schulen und Sozialarbeit, Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung oder Ehrenamtliche der Jugendarbeit oder Flüchtlingshilfe sind angesprochen. Im Mittelpunkt der Extremismusprävention des Team meX steht immer wieder die grundlegende Frage: „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“.

Ausgehend vom Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, versucht das Team meX durch seine Arbeit ein Gefühl der Gleichwertigkeit aller Menschen zu vermitteln, um Extremismus und Menschenfeindlichkeit entgegenzuwirken. Dazu stärkt es Jugendliche, in dem es Vorurteile reflektiert und über Propagandastrategien informiert. In diesem Zusammenhang wiesen Teilnehmer der Tagung auch auf das Problem der verstärkten Hasspropaganda im Internet hin. Wichtiger Bestandteil der Arbeit des Teams ist außerdem das Einüben von Zivilcourage. Da Zivilcourage in einer demokratischen Gesellschaft unentbehrlich ist, arbeitet das Team meX mit Jugendlichen, vor allem um ihr Selbstbewusstsein zu stärken, so dass sie in der Lage sind, reflektiert eine politische Situation zu beurteilen und in einer politischen Auseinandersetzung aktiv eine solidarische Position zu beziehen. Obwohl sich die Angebote des Teams meX zwar an alle Jugendlichen richten, ist es jedoch meistens einfacher mit Schulen zusammenzuarbeiten.

Die Angebote des Team meX richten sich aber auch an erwachsene Multiplikatoren, die dadurch für ihre eigenen Vorurteile und ihre Position in der Gesellschaft sensibilisiert oder über Unterstützungsmöglichkeiten informiert werden sollen. Sowohl bei der Arbeit mit Jugendlichen als auch mit Erwachsenen arbeitet das Team meX u.a. mit Rollenspielen und Reflexion. Außerdem ist ein Glossar mit Begriffen zum Islam und der Islamisierung entstanden.

Der Ansatz der Arbeit des Team meX - mit offenen Armen auf einander zuzugehen, anstatt vor einander Angst zu haben - wurde von den Teilnehmern der Tagung begrüßt und ein Austausch zwischen deutscher und französischer Politik im Bereich der Bildung angeregt.

Für weitere Informationen: <http://www.team-mex.de/3114.html>

Dr. Guillaume CORDUAN, pédopsychiatre aux Hôpitaux Universitaires de Strasbourg, référent médical de la Maison Des Adolescents de Strasbourg

Das „Maison des Adolescents“ (MDA, Haus der Jugendlichen) ist eine öffentliche Interessengemeinschaft, die aufgrund dessen stark an die lokalen professionellen Netzwerke gebunden ist (Jugendgerichtshilfe, nationales Bildungswesen, Gemeinwesenarbeit). Ungefähr 30 Fachmänner und –frauen aus den unterschiedlichsten Bereichen (Mediziner, Psychologen, Juristen, Mediatoren, etc.) arbeiten für diese Interessengemeinschaft, deren Aufgabe es ist, alle Personen im Alter von 12 bis 21 Jahren mit oder ohne ihre Familie in Fragen und bei Zweifeln rund ums Thema Jugend zu beraten.

Die ersten Fälle mit Bezug zur Radikalisierung gab es 2014. Die Aktionen des MDA, das seit 2015 mit der Präfektur zusammenarbeitet, konzentrieren sich auf drei Hauptthemen: Klinik, Primäre Prävention und Arbeit in Reflexionsgruppen sowie Bildung. Die MDAs spielen eine sehr wichtige Rolle in diesem Bereich, vor allem weil 75% der aufgegriffen Personen zwischen 12 und 26 Jahren alt sind, wie die Epidemiologie der Radikalisierung zeigt. Tatsächlich ist der Extremismus aufgrund seiner Bekräftigung des Idealen und des Absoluten bei Jugendlichen üblich. Die Rekrutierung und dann die Eingliederung bieten eine Beruhigung, die den Fragen und Leiden der betroffenen Einzelpersonen entspricht. Auf diese Weise ist die Person davon überzeugt, die absolute Wahrheit zu besitzen. Sie fühlt sich als jemand, der einen Platz in einer Gruppe hat, anerkannt und dazu berechtigt, sich seinen Eltern zu widersetzen. Durch die Erlösung gereinigt (sprich durch die Beruhigung ihres Schuldgefühls) sieht sie sich als Rächer einer verspotteten Wertvorstellung (religiöse, Rasse, etc.). Die MDAs sind daher besonders gut aufgestellt, um eine Rolle bei der Prävention von Radikalisierung zu spielen.

Diese Tätigkeit gliedert sich in drei Achsen: Beteiligung an den präfektoralen Teams, die die Präventionsarbeit im Bereich der Radikalisierung auf dem Gebiet koordinieren ; primäre Prävention in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort (nationales Bildungswesen, Gemeinwesenarbeit) und schließlich die Arbeit mit radikalisierten Jugendlichen, mit solchen die Gefahr laufen, sich zu radikalieren oder mit deren Familien. Aus diesem Grund, setzt sich das MDA Straßburg drei Ziele:

- Die Gefahr, in der sich der Jugendliche eventuelle befindet, beurteilen (psychiatrisch, Risiko sich selbst oder andere zu verletzen, Situation eines gefährdeten Kindes) mit Krankenhauseinweisung oder Meldung an die Staatsanwaltschaft, je nach Fall.
- Eine symptomatische Behandlung durchführen, mit dem Ziel einen Verlust der Subjektivität voranzutreiben, die durch den Prozess der Radikalisierung bewirkt wurde. Dabei sollen Brüche, vor allem mit der Familie, vermieden werden.

- Bedeutung der Verletzlichkeit herausarbeiten, die die Grundlage für das radikale Engagement bildet.

Auf die Nachfrage eines Teilnehmers, wie die Verschwörungstheorien, an die radikalisierte Jugendliche glauben, am besten dekonstruiert werden können, antwortet Dr. Corduan, dass es extrem schwierig ist, ihre Ideologie in Frage zu stellen, wenn sie dieser erstmal anhängen. Daher ist die primäre Prävention das wichtigste Mittel, um die Risiken der Radikalisierung einzudämmen.

Für weitere Informationen: <http://www.maisondesados-strasbourg.eu/>

Maud ACKER, coordinatrice interrégionale des binômes-soutien, Direction Interrégionale des Services Pénitentiaires Est-Strasbourg

Claire BUGNARD, éducatrice et Alexandre GIRAUD, psychologue binômes-soutien du département 67.

Unter Leitung des stellvertretenden regionalen Leiters begann im September 2015 im Rahmen der « Directions Interrégionales des Services Pénitentiaires (DISP) » (Interregionale Direktion der Strafvollzugsanstalten), die Maßnahme der Unterstützungs-Binome. Bestehend aus einem Psychologen und einem Sozialpädagogen, arbeiten diese Binome im Bereich des Strafvollzugs (offener und geschlossener Vollzug), um Fälle der Radikalisierung aufzudecken und Betreuung für ausfindig gemachte Personen anbieten. Ihre Arbeit besteht aus vier Hauptaufgaben:

- Das Personal der Strafvollzugsanstalten für das Phänomen der Radikalisierung, das Erkennen von Situationen der Radikalisierung und existierende Betreuungsmethoden sensibilisieren.
- Das Personal bei der Identifizierung und Betreuung von an die Justiz übergebenen Personen unterstützen, z.B. Bewertung der Situation einzelner Personen, Beratung zu Verhaltens- und Handlungsweisen im Berufsalltag oder auch Betreuung von Personen, die in Zusammenarbeit mit dem Personal der Bewährungshilfe ausfindig gemacht werden.
- Als Teil eines partnerschaftlichen Netzwerks handeln.
- Innerhalb der Strafvollzugsanstalten Programme der Prävention und der Radikalisierungsbekämpfung entwickeln, umsetzen und überwachen.

Das Unterstützungs-Binom kann einschreiten, sobald ein entsprechender Antrag durch die Einrichtungen der Bewährungshilfe und/oder die Strafvollzugsanstalten gestellt wird. Es wird sodann durch den stellvertretenden regionalen Leiter einberufen. Hauptziel dieser Maßnahme ist es, die Perspektiven der Fachleute zu „kreuzen“, um möglichst komplette Bewertungen vorzunehmen. Dieser interdisziplinäre Ansatz muss es ermöglichen den Identifizierungsprozess von radikalisierten Einzelpersonen zu beschleunigen. Die Maßnahme der Unterstützungs-Binome wurde erst kürzlich eingeleitet. Die Mitarbeiter nahmen fast drei Monate an einer Weiterbildung teil und auf interregionaler Ebene steht ihnen eine Koordinatorin zur Arbeitserleichterung zur Verfügung. Mit der Zeit und steigender Erfahrung sollte das Programm weiterentwickelt werden. Auf Nachfrage der Teilnehmer wies Herr Giraud darauf hin, dass in manchen Fällen innerhalb der Bewährungshilfeeinrichtungen eine Verbindung zu den religiösen Autoritäten bestünde. Diese Verbindung werde allerdings von Fall zu Fall hergestellt.

Önder ÜNAL, Projektkoordinator und pädagogischer Mitarbeiter des Violence Prevention Network e.V., Beratungsstelle KPEBW Stuttgart (Kompetenzzentrum gegen islamistischen Extremismus Baden-Württemberg)

Der Violence Prevention Network e.V. (VPN) ist ein Verbund erfahrener Experten, die seit 2001 in der Extremismusprävention und Deradikalisierungsarbeit tätig sind. Seit Januar 2016 übernimmt eine Zweigstelle des VPN die Funktion einer Beratungsstelle, die im Rahmen des Sonderprogramms zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus durch das baden-württembergische Innenministerium eingerichtet wurde. Diese Beratungsstelle ist der externe Partner des Kompetenzzentrums zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW), dessen Arbeit Daniel Köhler in seinem Vortrag am Vormittag vorgestellt hatte.

Neben der Präventionsarbeit und der Beratung von Angehörigen und Personen aus dem sozialen Umfeld von Radikalierten, arbeiten die Mitarbeiter dieser Beratungsstelle, bei der Önder Ünal Projektkoordinator und pädagogischer Mitarbeiter ist, hauptsächlich im Bereich der Deradikalisierung. Dazu beraten sie Radikalisierte, Ausreisewillige, Rückkehrer sowie Inhaftierte in Justizvollzugsanstalten (die Arbeit mit Inhaftierten im Vollzug wird erst ab 2017 anfangen) und bieten ihnen Ausstiegsprogramme an. Kontakt zu diesen Personen bekommt die Beratungsstelle meistens über Anrufe besorgter Eltern oder Freunde (auch über die Hotline des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge) oder die Sicherheitskräfte. Bei persönlichen Gesprächen mit den Zielpersonen, versuchen die Mitarbeiter der Beratungsstelle über einen langen Zeitraum hinweg eine Vertrauensbasis aufzubauen und mithilfe ihres Fachwissens über den Islam ein „alternatives Narrative“ vorzustellen, um einen Reflexionsprozess einzuleiten. Herr Ünal betonte wie wichtig es sei, dass die Mitarbeiter weitreichende Fachkenntnisse über den Islam haben, da Radikalisierte oft religiöse Argumente nutzen, die es zu widerlegen gelte. Ziel der persönlichen Gespräche ist es, die Demokratie- und Menschenfeindlichkeit abzubauen, Radikalisierungsprozesse zu verhindern und umzukehren sowie interreligiöse bzw. interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln. Die Beratungsstelle berät aber auch über verschiedene Angebote, wie z.B. im Bereich Schule und Ausbildung, um Personen, die sich im Prozess der Deradikalisierung befinden, eine Reintegration in die Gesellschaft zu erleichtern. Dabei muss unterstrichen werden, dass die Zielpersonen frei entscheiden, ob sie diese Angebote in Anspruch nehmen oder nicht.

Für weitere Informationen:

<http://www.violence-prevention-network.de/de/>

<http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Beratung/beratung-node.html>